

## PROTOKOLL

über die 22. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am Dienstag, den  
06.07.2021, mForum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle.

**Sitzungsnummer:** AFuW/027/2021  
**Öffentliche Sitzung:** 19:02 Uhr bis 20:58 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Vorsitzender**

Harald Kruse

#### **stellv. Vorsitzender**

Wilhelm Hunting

#### **Mitglied CDU-Fraktion**

Christian Terbeck

Vertretung für Frau Anja Lange-Huber, ab 19:12

Christina Tiemann

Herla Wendelin-Feindt

Vertretung für Herrn Jan Lütkemeyer

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Annegret Mielke

Vertretung für Herrn Van de Walle

Uwe Plaß

#### **Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Alfred Reehuis

Reinhardt Wüstehube

#### **Mitglied UWG-Fraktion**

Peter Mittelberg

Vertretung für Herrn Spiekermann

#### **Mitglied FDP-Fraktion**

Heinrich Thöle

#### **von der Verwaltung**

Dirk Hensiek

Uwe Strakeljahn

Roland Bieber

Florian Weßling

#### **ProtokollführerIn**

Marius Brockmeyer

#### **Zuhörer**

Presse

Herr Buss, Meller Kreisblatt

Zuhörer

Frau Dettmann, Frau Unnerstall,

Frau Lange-Huber (ab 19:32)

### **Abwesend:**

#### **Mitglied CDU-Fraktion**

Anja Lange-Huber

Jan Lütkemeyer

#### **Mitglied SPD-Fraktion**

Luc Van de Walle

#### **Mitglied UWG-Fraktion**

Peter Spiekermann

## Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls der 21. Sitzung des Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft vom 18.05.2021
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege  
Vorlage: 01/2021/0199
- TOP 7 Bericht des Beauftragten für Wirtschaftsförderung
- TOP 8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Beendigung Moratorium für den Ausbau bereits geplanter Straßenausbaumaßnahmen  
Vorlage: 01/2021/0191
- TOP 9 Unterjähriger Controllingbericht der Stadt Melle zum Stichtag 31.05.2021  
Vorlage: 01/2021/0194
- TOP 10 Wünsche und Anregungen

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wird durch den Vorsitzenden Herrn Kruse eröffnet. Er begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, Mitarbeiter der Verwaltung, Herrn Buss von der Presse sowie Zuhörer. Er weist darauf hin, dass die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport ebenfalls herzlich zu dieser Sitzung eingeladen sind, um unter Tagesordnungspunkt 6, in dem es um die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück zur Kinderbetreuung geht, ggf. Fragen zu stellen bzw. sich zu informieren. Frau Lange-Huber werde heute von Herrn Terbeck, Herr Lütkemeyer durch Frau Wendelin-Feindt, Herr Van de Walle von Frau Mielke und Herr Spiekermann von Herrn Mittelberg vertreten.

Herr Kruse stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Herr Thöle stellt den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes Nr. 8. Er gehe davon aus, dass der Antrag aufgrund des in der Geschäftsordnung festgelegten Wiederbefassungsverbot nicht behandelt werden dürfe.

Herr Hensiek erklärt, dass man sich diese Thematik seitens der Verwaltung in der Geschäftsordnung angeschaut habe. Die Regelung des § 7 Abs. 3 sei hier jedoch nicht ganz eindeutig, sodass der Antrag zunächst in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Zur nächsten Wahlperiode werde man die Regelung in der Geschäftsordnung nachschärfen müssen, damit zukünftig Klarheit herrsche. Aktuell sei es so, dass grundsätzlich ein Wiederbefassungsverbot bestehe, aber Anträge auf Aufhebung oder Änderung von Beschlüssen früherer Sitzungen dennoch im Rat behandelt werden dürfen, wenn der Verwaltungsausschuss dieses beschlossen habe. Da die Beratung des VA aber durch Fachausschüsse vorbereitet werden sei nun offen, ob auch schon vor der Beschlussfassung durch den VA über eine Wiederbefassung das Thema auf die TO zu nehmen sei.

Herr Reehuis erinnert an den Beschluss aus der letzten Ratssitzung in Bezug auf die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung. Dieser beinhalte ein Moratorium, das alle auch bereits geplanten Ausbaumaßnahmen betreffe, bis die Erfassung der Straßen und die Einigung auf Ausbaustandards geklärt ist. Dieses wiederum bedeute jedoch, dass in den nächsten Jahren kein Straßenausbau durchgeführt werden könne und man so das eigene Vermögen durch den eintretenden Werteverzehr deutlich belaste. Die von Herrn Hensiek dargestellte Regelung zum Wiederbefassungsverbot weise aus, dass der Verwaltungsausschuss Anträge durch entsprechenden Beschluss zulassen könne. Dies mache jedoch nur Sinn, wenn auch im Vorfeld der oder die zuständigen Fachausschüsse beteiligt würden. Er spreche sich daher weiterhin dafür aus, dass der Tagesordnungspunkt heute behandelt wird.

Herr Hunting unterstützt den Antrag von Herrn Thöle auf Absetzung des Tagesordnungspunktes. Der Antrag der Bündnis 90/ die Grünen-Fraktion umfasse vom Grundsatz her genau die Punkte, über die in der letzten Sitzung des Rates beschlossen worden sei. So war u.a. auch das Moratorium Bestandteil dieses Beschlusses und die Maßgabe, dass zukünftig alle Straßen nach abgestimmten, einheitlichen Kriterien ausgebaut würden. Dieses Vorgehen müsse auch nicht zwingend lange Zeit in Anspruch nehmen, wenn

sich die Fraktionen im Rat schnell auf den Weg machen und eine Arbeitsgruppe bilden, die sich mit den entsprechenden Kriterien befasst. Weiterhin stünden aktuell auch keine Haushaltsmittel für die in Rede stehenden Straßenausbaumaßnahmen zur Verfügung und auch der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau habe sich gegen eine Behandlung des Antrages entschieden.

Herr Mittelberg signalisiert ebenfalls die Unterstützung des Antrages auf Absetzung. Grundsätzlich sehe er inhaltlich durchaus richtige Aspekte in dem Antrag, da hier jedoch eindeutig eine unklare Situation bezüglich eines etwaigen Wiederbefassungsverbot vorliegt, sollte der Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden.

Der Vorsitzende Herr Kruse stellt den Antrag von Herrn Thöle auf Absetzung des Tagesordnungspunktes Nr. 8 zur Abstimmung. Mit 8 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen wird für den Antrag gestimmt.

Herr Kruse stellt daraufhin die Tagesordnung unter Absetzung des Punktes 8 fest.

#### **TOP 4      Genehmigung des Protokolls der 21. Sitzung des Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft vom 18.05.2021**

Das Protokoll der 21. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.05.2021 wird einstimmig genehmigt.

#### **TOP 5      Bericht der Verwaltung**

Herr Hensiek berichtet über die mit Schreiben vom 11.06.2021 erfolgte Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Osnabrück. Neben der eigentlichen Genehmigung über die Kreditermächtigung und den Verpflichtungsermächtigungen, seien ebenfalls positiv zu wertende Hinweise und Bemerkungen über die allgemeine Haushaltssituation in Melle gegeben worden. Die dauernde Leistungsfähigkeit sei sichergestellt, was sich insbesondere in der Höhe der Überschussrücklage widerspiegelt. Weiterhin positiv erwähnt werde der eingeschlagene Weg in Bezug zur strategischen Ausrichtung der Stadt Melle über das Leitbild und Zielsystem und den damit verknüpften haushaltswirtschaftlichen Überlegungen. Auch im Hinblick auf die Schuldenentwicklung im Zusammenhang mit dem großen Investitionsprogramm werden von der Kommunalaufsicht keine Beanstandungen festgestellt, betont Herr Hensiek.

Zum Wochenende habe es noch eine Vorlage zur Neuordnung der Sportanlagen gegeben, erklärt Herr Hensiek. Aufgrund der Kurzfristigkeit sei es jedoch nicht mehr möglich gewesen, diesen Ausschuss noch zu erreichen. Daher sei die Vorlage nun im Verwaltungsausschuss und Rat zu behandeln. Weiterhin gebe es eine Presseanfrage, warum die investiven Mittel für die Sanierung der Sporthalle Gesmold aus dem Haushalt gestrichen wurden. Die Situation stelle sich hier so dar, dass die Maßnahme in der Prioritätenliste des Gebäudemanagements mit 23 Punkten bewertet wurde. Durch die Berücksichtigung einer möglichen Förderung sei die Maßnahme mit 24 Punkten bewertet worden. Unter Berücksichtigung der Einzahlungen aus der Förderung waren die Investitionsansätze zunächst in den Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2021/ 2022 aufgenommen worden. Da es jedoch zwischenzeitlich zur Absage der Förderung gekommen sei, ist die Maßnahme in der Prioritätenliste wieder heruntergestuft und die Ansätze entsprechend gestrichen worden.

Herr Reehuis zeigt sich erfreut über die positive Stellungnahme des Landkreises zur Haushaltsgenehmigung. In der Vergangenheit seien auch häufiger kritische Aussagen zur Haushaltssituation in Melle angeführt worden, die seitens des Rates jedoch zumeist anders bewertet wurden. In Bezug zur Darstellung um die Situation bezüglich der Sporthalle

Gesmold im dortigen Ortsrat habe er den Eindruck, dass hier falsche Behauptungen aufgestellt wurden. Erstens sei es nicht korrekt, dass die Sporthalle komplett aus der Prioritätenliste des Gebäudemanagements gestrichen wurde. Wie von Herrn Hensiek dargestellt, sei lediglich eine Herabstufung der Punkte von 24 auf 23 vorgenommen worden, da die Förderung ausgeblieben ist. Zweitens habe man sich bei den Haushaltsplanberatungen bereits darauf verständigt, die Situation um die Sporthalle in einem Nachtragsverfahren neu zu bewerten und die Ansätze ggf. wieder aufzunehmen. Drittens weise er darauf hin, dass der Haushalt insgesamt einstimmig, d.h. auch mit den drei Stimmen der Vertreter im Rat aus Gesmold beschlossen wurde. Er könne die Darstellung im Ortsrat Gesmold daher nicht nachvollziehen.

Herr Kruse weist darauf hin, dass insgesamt vier Mitglieder des Rates aus Gesmold kommen. Weiterhin erinnere er sich daran, dass die Verwaltung im Vorfeld des Haushaltsbeschlusses sowohl die Mittel für die Maßnahme als auch die Einstufung in der Prioritätenliste aufheben wollte. Der eingereichte Antrag, um dieses zu verhindern, sei bis heute von der Verwaltung nicht beantwortet worden. Insgesamt verwehre er sich dagegen, dass im Ortsrat, trotz teils emotionaler Diskussion, falsche Behauptungen aufgestellt worden sind.

Herr Wüsthube erklärt, dass er sich die Entwicklung der Prioritätenliste des Gebäudemanagements in Bezug auf die Sporthalle Gesmold angeschaut habe. Auch in der Sitzung im Mai, als der Haushalt bereits beschlossen war, tauchte die Maßnahme weiterhin in der Liste auf. Daher sei es auch nicht notwendig, einen Antrag zur Aufnahme der Sporthalle Gesmold in die Prioritätenliste zu stellen.

Herr Strakeljahn stellt die aktuellen Zahlen inkl. einer Prognose zu den Steuern und Umlagen dar. Die Situation stelle sich jedoch nicht wesentlich anders dar, als in der letzten Ausschusssitzung im Mai berichtet. Insgesamt bestätige sich eher die Tendenz, dass man aufgrund der Steuerschätzung mit einem Rückgang der Gewerbesteuer und den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer gegenüber der Planung rechnen müsse. So zeige sich eine Ergebnisverschlechterung für das Jahr 2021 um rund 2 Mio. €, was insgesamt zu einem defizitären Jahresergebnis führen würde. Auch der Controllingbericht, der unter Tagesordnungspunkt 9 behandelt werde, bestätige diese Einschätzung.

## **TOP 6      Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege Vorlage: 01/2021/0199**

Herr Hensiek berichtet, dass die aktuelle Vorlage federführend in durch das Amt für Familie, Bildung und Sport erstellt wurde. Aufgrund der erst kurzfristig erfolgten Informationen hierzu seitens des Landkreises, konnte der zuständige Ausschuss für Bildung und Sport jedoch nicht mehr erreicht werden. Daher habe man sich entschieden, die Vorlage hier im Ausschuss zu behandeln, um anschließend über den Verwaltungsausschuss noch die Ratssitzung im Juli für die notwendige Entscheidung zu erreichen.

Aktuell sei es durch entsprechende Verhandlungen gelungen, dass alle Kommunen im Landkreis die nun vorliegenden Regelungen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mittragen würden, erklärt Herr Hensiek. Diese beinhalte zusammenfassend dargestellt nach einer Übergangszeit ab dem Jahr 2023 die Abrechnung nach den Netto-Ist-Kosten des Vorvorjahres. Einhellige Meinung unter den Kommunen sei hierbei gewesen, dass dies die gerechteste Abrechnungsvariante für alle darstellt. Der Landkreis lege jedoch Wert darauf, dass bis zum Jahr 2023 noch durch eine einzurichtende Arbeitsgruppe über die abrechenbaren Standards gesprochen werde. In diesem Zusammenhang sehe die

Vereinbarung jedoch auch eine Befristung vor, sollte es keine Einigung über die Standards geben. Dies sollte jedoch grundsätzlich nicht das Bestreben sein, betont Herr Hensiek. Insgesamt gesehen liege eine Vereinbarung mit einem guten Ergebnis für die Kommunen im gesamten Landkreis vor, sodass die Unterzeichnung durch die Verwaltung empfohlen werde. Gleichzeitig führe dies, wie in der Vorlage dargestellt, ebenfalls zu einer Ertragsverbesserung gegenüber den Planungen in den Jahren 2021 und 2022.

Herr Hunting bestätigt, dass auch aus Sicht der SPD-Fraktion ein gutes Ergebnis in den Verhandlungen erzielt werden konnte. Man könne im Nachgang natürlich die Frage haben, warum nicht direkt diese Lösung mit der Spitzabrechnung nach 50 % der Netto-Ist-Kosten vereinbart wurde. Schließlich habe die Kreistagsfraktion der SPD die ursprünglich angedachte Regelung mit der Abrechnung nach den 0-13-jährigen Kindern direkt abgelehnt. Letztlich müsse man jetzt aber dem Bürgermeister für das Verhandlungsergebnis danken. Als Vorsitzender der Bürgermeisterkonferenz sei es ihm gelungen, dass sich alle kreisangehörigen Kommunen solidarisch zeigen. Man müsse ja auch bedenken, dass die nun vorliegende Regelung für vereinzelte Kommunen auch eine Schlechterstellung gegenüber der vorherigen Abrechnungsvariante bedeute. Einziger Wermutstropfen sei, dass nicht direkt ab dem Jahr 2021 die neuen Regelungen gelten. Jedoch liege mit der Vereinbarung ab dem Jahr 2023 eine Grundlage vor, die den Kindertagesstätten in Melle insgesamt zugutekommen wird und für Planungssicherheit sorgt.

Frau Tiemann zeigt sich ebenfalls erfreut, dass nun dieses Verhandlungsergebnis zwischen allen kreisangehörigen Kommunen und dem Landkreis erzielt werden kann. Besonders für die Stadt Melle sei die nun vereinbarte Abrechnungssystematik ein gerechtes und gutes Ergebnis. Sie interessiere jedoch, ob die Regelung auch wirklich so zu verstehen sei, dass alle Aufwendungen des Vorvorjahres, die in Melle angefallen sind, auch mit dem Landkreis abgerechnet werden können oder ob hier noch mit Einschränkungen zu rechnen sind und dadurch im Anschluss doch keine 50 % Kostenübernahme erfolgt.

Durch die Systematik, dass die Ist-Aufwendungen des Vorvorjahres zur Abrechnung herangezogen werden, könne eine Kostendeckung von 50 % nicht erreicht werden, da die letzten Jahre gezeigt haben, dass die Aufwendungen innerhalb von zwei Jahren teils deutlich steigen, erklärt Herr Hensiek. Bereits bei der Einbringung des Haushaltes sei hierauf hingewiesen worden und auch durch die nun vorliegende Neuregelung sei diese Problematik weiterhin vorhanden. Wie die Abrechnung mit dem Landkreis im Detail aussehe, müsse u.a. noch durch die einzurichtende interkommunale Arbeitsgruppe festgelegt werden.

Herr Reehuis betont, dass der Bündnis 90/ die Grünen-Fraktion die Kindertagesstätten viel wert seien, diese aber auch teuer sind. Im Ergebnis des Jahres 2020 sehe man Aufwendungen von über 13 Mio. €. Bei neu einzurichtenden Gruppen sei die Tendenz hier noch klar steigend. Die zunächst angedachte Abrechnung nach den Kindern im Alter von 0 bis 13 Jahren sei von seiner Fraktion nie als sachgerecht empfunden worden. Daher wundere ihn die Aussage der SPD-Fraktion, die in der Vergangenheit im Rat auch oft diese Position vertreten habe. Ein Dank gelte auch aus seiner Sicht dem Bürgermeister, der maßgeblich dazu beigetragen habe, dieses Verhandlungsergebnis zu erzielen. Zumindest annähernd könne eine 50 % - Finanzierung des Landkreises erreicht werden. Dies sei als Kompromiss zwischen allen Kommunen und dem Landkreis im Sinne einer einvernehmlichen Lösung ein gutes Ergebnis.

Herr Hunting und Frau Mielke stellen klar, dass sich die SPD-Fraktion auf Kreistageebene vehement gegen die vorgeschlagene Abrechnung anhand der Kinder von 0-13 Jahren ausgesprochen haben. Vielmehr habe eine Mehrheit u.a. aus der CDU- und Bündnis 90 / Die Grünen-Fraktion dieser Regelung zugestimmt.

Herr Mittelberg spricht ebenfalls seinen Dank für das vorliegende Verhandlungsergebnis aus. Dieses sei ein sehr gutes Beispiel dafür, wie wichtig eine gute interkommunale Zusammenarbeit ist. Er würde sich wünschen, wenn auch innerhalb der verschiedenen

Fraktionen in Melle so gehandelt würde, wenn es z.B. um die aktuelle Diskussion um die Klärschlamm-trocknung gehe.

Herr Thöle zeigt seine Ablehnung gegenüber der von Herrn Mittelberg getätigten Aussage zur Klärschlamm-trocknung und werde diese nicht weiter kommentieren. Hinsichtlich der nun vorliegenden Vereinbarung habe die Verwaltung ein sehr gutes Ergebnis erzielen können. Für die Stadt Melle sei so das Optimum erreicht worden, womit alle gut zufrieden sein können, damit auch weiterhin eine hochwertige Kinderbetreuung in Melle angeboten wird.

Herr Wüsthube merkt an, dass die Frage der Kinderbetreuung immer eine gute Investition in die Zukunft der Kommune darstellt und man sich jetzt darüber freue, wenn der Landkreis der vorliegenden Regelung ebenfalls zustimmen würde. Ebenfalls positiv zu vermerken sei, dass in § 6 Abs. 3 der Regelung auch eine Personal- und Sachkostenpauschale als Erstattung an die Kommunen mit aufgenommen wurde. In § 1 Abs. 2 werde jedoch u.a. eine Bedarfsplanung des Landkreises in der Kinderbetreuung aufgeführt. Hierzu stelle sich die Frage, ob diese Planung mit den Vorstellungen der Kommunen übereinstimmt. In der Vergangenheit habe er den Eindruck gehabt, dass der Bedarf seitens des Landkreises zumeist niedriger gesehen wurde. Er hoffe nun, dass sich hieraus in Zukunft keine Probleme ergeben. Herr Hensiek betont, dass man diese Regelung im Gesamtzusammenhang mit der vollständigen Vereinbarung und den noch festzulegenden Standards sehen müsse. Er könne sich aktuell jedoch nicht vorstellen, dass der Landkreis aus dieser Regelung heraus eine abweichende Haltung zu denen der kreisangehörigen Kommunen einnimmt.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 06.07.2021 beraten und empfiehlt dem Rat der Stadt Melle einstimmig mit 11 Ja-Stimmen folgenden Beschluss zu fassen:

#### **Beschlussvorschlag:**

Mit dem anliegenden Entwurf einer Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (ÖrV) über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege soll die Finanzierung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen rückwirkend zum 01.01.2021 neu geregelt werden.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, auf Basis des anliegenden Entwurfs (Stand: 11.06.2021) die entsprechende Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück abzuschließen.

### **TOP 7 Bericht des Beauftragten für Wirtschaftsförderung**

Herr Kruse begrüßt Herr Weßling, der heute das erste Mal in seiner Funktion als Wirtschaftsförderer der Stadt Melle die Berichterstattung in diesem Ausschuss übernimmt. Herr Weßling bedankt sich für die Gelegenheit, einen Statusbericht aus seinem Tätigkeitsbereich geben zu können. Er geht dabei auf die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in Melle ein, gibt einen Überblick zum Thema Gewerbeflächen, Innenstand und Breitband sowie den Markt an Fachkräften. Für Details des Vortrags wird auf die angefügte Präsentation verwiesen.

Herr Kruse bedankt sich für den informativen Vortrag. Als Rat sei man nun gefordert, diese angesprochenen Themen weiterzuverfolgen und im Rahmen des Möglichen mitzugestalten.

Herr Thöle spricht ebenfalls seinen Dank aus, merkt jedoch an, dass man hinsichtlich des Breitbandausbaus überhaupt nicht zufrieden sein könne. Er beispielweise wohne in Westendorf sehr schön gelegen, jedoch auch auf absehbare Zeit ohne Breitbandanschluss. Gerade die Zeit in der Corona-Pandemie habe jedoch gezeigt, wie wichtig eine schnelle Internetanbindung ist. Auch als Verkaufskriterium für Grundstücke bzw. Häuser sei ein vorhandener Breitbandanschluss mittlerweile ein wesentliches Kriterium. Hinsichtlich der

Entwicklung der Geschäfte in der Innenstadt, berichtet Herr Thöle über ein Förderprogramm aus Nordrhein-Westfalen. Hier würden Kommunen seitens des Landes finanziell unterstützt, um leerstehende Geschäfte zu mieten und anschließend attraktiv weiterzuvermitteln. Ihn interessiere, ob es in Niedersachsen ähnliche Programme gibt.

Herr Weßling erklärt, dass es natürlich überhaupt nicht zufriedenstellend sei, wenn es aktuell nimmer noch Gebiete in Melle gebe, die beim Breitbandausbau gänzlich außen vor bleiben. Er könne hier jedoch nur um Geduld werben. Weiterhin gebe es auch teils bei Neubaugebieten das Problem, dass diese nicht mehr zeitnah an das Telekommunikationsnetz angeschlossen werden. Durch ein neues Kommunikationsgesetz sollten diese Missstände jedoch gelöst werden. Hinsichtlich des Förderprogrammes gebe es in Niedersachsen ein Programm namens „ad-hoc“, welches wohl ähnliche Ziele verfolge. Aktuell werden die Möglichkeiten für Melle hieraus geprüft.

Frau Tiemann bedankt sich ebenfalls für den Vortrag, der viele Zahlen beinhaltet habe, die man gerne hört. Weiterhin würde sie jedoch interessieren, ob es auch aktuelle Zahlen zu der Ausbildungssituation hier in Melle gebe. Ebenfalls interessant wäre, wann es möglich sei, dass die Telekommunikationsleitungen auch für andere Anbieter als innogy bzw. jetzt Eon zur Verfügung stünden. Zu letzterer Frage sei es aktuell so, berichtet Herr Weßling, dass jedes Unternehmen sich um die Netze bewerben könne. Aktuell könne es jedoch sein, dass sich lediglich Eon darum bemüht habe. Hinsichtlich aktueller Ausbildungsplatzzahlen könne er berichten, dass sich der Trend fortsetzt, d.h. dass es mehr Plätze als Bewerber gebe. Nach Aussage der Unternehmen liege dies jedoch auch häufig an einer ungenügenden Ausbildungsfähigkeit der Bewerber. Hierzu interessiert Herr Kruse, wo genau die Probleme gesehen werden. Herr Weßling erklärt, dass hier sowohl der soziokulturelle Bereich als auch die schulische Ausbildung genannt würden. Herr Mittelberg zeigt sich besorgt über diese Entwicklung und würde gerne wissen, ob es belastbare Zahlen gebe, wie viele Ausbildungsverhältnisse aufgrund der dargestellten Probleme nicht zustande gekommen sind. Herr Weßling berichtet, dass ihm hierzu keine Zahlen vorliegen, er jedoch den Eindruck habe, dass dies kein spezifisches Problem in Melle, sondern von allgemeiner, überregionaler Bedeutung sei.

Nachdem Herr Weßling in seinem Vortrag zum Thema der Gewerbegrundstücke erklärt hat, dass man den Wert besonders auf Flächen lege, die für kleine bis mittelständische Unternehmen, z.B. Handwerksbetriebe, von Relevanz sind, ergänzt Herr Hensiek, dass man natürlich insgesamt froh sein könne, dass aktuell z.B. die Flächen in der „Grünen Kirchbreite“ erschlossen werden können. Ein Bedarf an Grundstücken sei natürlich weiterhin vorhanden und es bestehe das Ziel, ebenfalls ein attraktiver Standort für große Unternehmen zu sein. Zum Thema Breitband würde in nächster Zeit die Frage der Finanzierung des geförderten Ausbaus durch den Landkreis Osnabrück auf den Ausschuss bzw. den Rat zukommen. Hier gebe es mehrere Möglichkeiten, wie z.B. eine Direktfinanzierung, die Abwicklung über Zuschüsse oder die Kreisumlage. Die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten seien hier jeweils noch zu klären.

Herr Kruse ist durch eine Broschüre auf das Programm „Zukunftsregionen in Niedersachsen“ des Nds. Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung aufmerksam geworden. Ihn interessiere, ob es für die Stadt Melle Möglichkeiten gebe hieraus zu partizipieren. Herr Weßling sagt eine entsprechende Prüfung zu. *Anmerkung zu Protokoll: Die Prüfung des Programms hat ergeben, dass sehr vielfältige Themen gefördert würden, die durchaus interessant für Melle wären. Leider sei das Förderprogramm nur auf Landkreise und kreisfreie Städte zugeschnitten, ein(e) Landkreis/kreisfreie Stadt muss dafür mit einem/r anderen Landkreis/kreisfreien Stadt kooperieren. Die Stadt Melle ist daher nicht selbst antragsberechtigt, jedoch steht StBR Look zu diesem Förderprogramm im Austausch mit dem Landkreis Osnabrück.*

**TOP 8      Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur  
Beendigung Moratorium für den Ausbau bereits geplanter  
Straßenausbaumaßnahmen  
Vorlage: 01/2021/0191**

Der Tagesordnungspunkt wurde unter Top 3 abgesetzt.

**TOP 9      Unterjähriger Controllingbericht der Stadt Melle zum  
Stichtag 31.05.2021  
Vorlage: 01/2021/0194**

Bevor Herr Strakeljahn auf die Prognosen des Controllingberichtes eingeht, weist er darauf hin, dass die Aussagen im gesamten Bericht dahingehend einzuordnen seien, dass die Prognosen der Produkt- und Projektverantwortlichen eine erste Einschätzung über mögliche Abweichungen zum Jahresende geben sollen. Nicht explizit dargestellt würden die voraussichtlich zahlreich erfolgreich und plangerecht umgesetzten Maßnahmen.

Der Blick auf den Ergebnishaushalt bestätigt die bereits in der letzten Ausschusssitzung vorgenommene Prognose. Aktuell erwarte man, insbesondere durch die Auswirkungen der Steuerschätzung aus Mai 2021, keinen Überschuss von 1,57 Mio. € mehr, sondern ein leicht negatives Ergebnis in Höhe von ca. 40.000 €.

Bei der Investitionstätigkeit zeigen sich die großen Herausforderungen, erläutert Herr Strakeljahn. Für Auszahlungen stehen hier inkl. der gebildeten Haushaltsreste insgesamt 41,16 Mio. € zur Verfügung. Für das Jahr 2021 prognostiziert werden Auszahlungen in Höhe von 26,29 Mio. €. Hier sei jedoch darauf hinzuweisen, dass die Vergangenheit oft gezeigt habe, dass die Prognosen eher optimistisch ausfallen und dieser Wert bereits einen Rekord darstellen würde. Insgesamt müsse damit gerechnet werden, dass das umfangreiche Investitionsprogramm nicht wie geplant umgesetzt werden könne.

Dies habe auch deutliche Auswirkungen auf die Finanzierungstätigkeit, erklärt Herr Strakeljahn. Aufgrund der Prognosen und der mit dem Jahresabschluss festgestellten freien Liquidität werde aktuell von einer notwendigen Kreditaufnahme bis zum Ende des Jahres in Höhe von 6,8 Mio. € ausgegangen. Die Entscheidung über die etwaig notwendige Aufnahme von Krediten müsse in diesem Jahr vor dem 31.12. gefällt werden, da ansonsten die Ermächtigung aus dem Jahr 2020 verfallen würde. Auch in diesem Verfahren liege noch eine große Herausforderung, da dieses komplexe Thema durch den dann neu gewählten Rat zu entscheiden ist.

Herrn Wüsthube interessiert zu den noch umzusetzenden Investitionsmaßnahmen, ob die einzelnen Verfahren beschleunigt werden könnten, indem mehr Aufträge extern vergeben werden. Herr Hensiek erklärt, dass der Engpass hier nicht alleine in der Verwaltung zu sehen ist. Vielmehr Sorge mache ihm aktuell die Situation in der Bauwirtschaft, wo sich die Meldungen über Rohstoff-, Material- und Arbeitskräftemangel häufen. Zudem gebe es viele Aufträge aus der Privatwirtschaft, die oftmals attraktiver für die externen Dienstleister sind. Ebenfalls sei darauf hingewiesen, dass es nicht damit getan ist, einen Auftrag extern zu vergeben. Die Steuerung einer Investitionsmaßnahme müsse auch weiterhin innerhalb der Verwaltung erfolgen. Mit Blick in die Vergangenheit könne man jedoch feststellen, dass die Stadt Melle gemessen an dem vorhandenen Personal schon sehr weit mit der Umsetzung verschiedener Maßnahmen gekommen ist. Für die jeweils zuständigen Akteure sei es nicht einfach, die vielen teils unterschiedlichen Maßnahmen gleichzeitig zu begleiten und zu steuern. Dieses Thema wird voraussichtlich auch in Zukunft noch eine große Herausforderung für die weiteren Entwicklungen der Stadt Melle werden.

Herr Thöle bestätigt die zuvor von Herrn Hensiek geschilderte Situation. Die Stadt Melle war und ist in der Umsetzung der Investitionsvorhaben bereits gut aufgestellt. Man sollte das

Erreichte auch würdigen und damit zufrieden sein. Alles Weitere sei zumeist abhängig von externen Faktoren wie die Situation u.a. in der Bauwirtschaft bzw. bei extern benötigten Dienstleistern.

## TOP 10 Wünsche und Anregungen

Herr Wüsthube würde gerne die Genehmigung des Haushaltes durch den Landkreis Osnabrück zur Verfügung gestellt bekommen. Herr Hensiek sagt zu, dass diese kurzfristig mit an die Ausschussmitglieder verteilt werde.

16.08.2021

\_\_\_\_\_  
Vorsitzende/r  
(Datum, Unterschrift)

16.08.2021

\_\_\_\_\_  
Verw. Vorstand  
(Datum, Unterschrift)

16.08.2021

\_\_\_\_\_  
Protokollführer/in  
(Datum, Unterschrift)